

Unterdrückung der Lehrerproteste im Iran und in Kurdistan

Seit dem Ausbruch landesweiter regimekritischer Proteste im Iran im September 2022 wurden zahlreiche Lehrkräfte verhaftet und strafrechtlich verfolgt; eine Entwicklung, die seit den organisierten Giftgasanschlägen weiter zunimmt.

Angesichts der anhaltenden Giftgasangriffe auf Mädchenschulen in Dutzenden von Städten im Iran veranstaltete der Koordinationsrat der iranischen Lehrervereinigung (CCITTA) am 7. März 2023 landesweite Proteste und forderte den Schutz des Zugangs von Kindern zu Bildung. In einem Interview mit dem Center for Human Rights in Iran (CHRI) sagte der Sprecher der CCITTA, Mohammad Habibi, der Protest sei eine Botschaft an „die Regierung, die Strafverfolgungsbehörden, die Justiz und die Sicherheitsbehörden“, dass die Lehrer niemals aufhören würden, Sicherheit und Rechte für die Schüler zu fordern.

„Die große Errungenschaft der Mahsa-Amini-Bewegung war die Frage der Kleiderfreiheit und des Hidschabs“, sagt Habibi gegenüber dem CHRI. „Die Regierung kann diese Entwicklung nicht einfach ignorieren und versuchen, ihre Autorität wiederherzustellen, indem sie die Lage für Mädchen in Schulen, Universitäten und Wohnheimen unsicher macht.“ Habibi, ein prominenter Aktivist für Bildung und Lehrerrechte, wurde bereits 2018 zu einer langjährigen Haftstrafe verurteilt und von April 2022 bis Februar 2023 erneut inhaftiert, weil er sich friedlich für seine Rechte eingesetzt hatte. „Die an diesen Vorfällen beteiligten Behörden und Täter müssen wissen, dass die Schüler die rote Linie der Lehrer sind“, warnte der Lehrerverband in seinem Aufruf zu den Protesten.

Seit dem ersten gemeldeten Giftgasangriff auf eine Mädchenschule im Iran Ende November 2022 haben mindestens 5.000 Schülerinnen im ganzen Land berichtet, dass sie

im Unterricht giftige Dämpfe gerochen haben. Unzählige wurden mit Symptomen wie Taubheit und Übelkeit ins Krankenhaus eingeliefert, wie die Untersuchungskommission des iranischen Parlaments am 6. März berichtete. Da die iranische Regierung eine unabhängige und transparente Berichterstattung im Land blockiert, warnt das CHRI, dass die tatsächliche Zahl noch viel höher sein könnte. Am 7. März, dem Tag der landesweiten Proteste von Lehrern und Eltern, wurden Hunderte von Schülern in Krankenhäuser eingeliefert, nachdem sie Berichten zufolge giftige Dämpfe eingeatmet hatten, vor allem in Grund- und Oberschulen für Mädchen. Mindestens zwei Jungenschulen wurden ebenfalls angegriffen.

„Der Aufruf zu den Protesten am 7. März und die Resolution, die auf der Versammlung verlesen wurde, befassten sich mit der Unsicherheit in den Schulen und der serienmäßigen Vergiftung von Schülern, insbesondere von Mädchen“, erklärte CCITTA-Sprecher Habibi gegenüber dem CHRI. „Da die Gewährleistung der Sicherheit von Schulen in der Verantwortung der Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden liegt, wenden wir uns vor allem an die Regierung, die Strafverfolgungsbehörden, die Justiz und die Sicherheitsinstitutionen“, so Habibi.

Am Samstag, dem 15. April 2023, wurden mindestens sieben Schulen



Junge Frauen wegen Giftgasangriffen an Schulen in Gefahr

Foto: <https://bengam.net/en>

in mehreren iranischen Städten Ziel organisierter chemischer Angriffe, in deren Folge Dutzende von Schülern vergiftet und in medizinische Zentren eingeliefert wurden. Ein Augenzeuge in Sarpol-e Zahab berichtete, dass Gaskanister aus dem dritten Stock in der Mehr-Parvin-Schule geworfen wurden und die Schulleitung die Schüler eine Zeit lang am Verlassen der Schule hinderte, indem sie die Ein- und Ausgangstüren schloss. Über 37 Schüler wurden vergiftet und in das Shaha-da-Krankenhaus in Sarpol-e Zahab gebracht.

In Shahin Shar, Provinz Isfahan, versammelten sich die Eltern von Schülern vor dem Bildungsministerium, um gegen die chemischen Angriffe auf Schulen zu protestieren. Berichten zufolge setzten die Regierungstruppen Tränengas gegen die

Unterdrückung der Lehrerproteste im Iran und in Kurdistan

Demonstranten ein. Außerdem trat Parshang Rangbari, der Direktor der Meraj Secondary Girls' High School in Saqqez, aus Protest gegen die chemischen Angriffe und die fehlende Identifizierung der Täter von seinem Amt zurück und bezeichnete seinen Rücktritt als zivilen Protest.

Proteste in Gilan, Nordiran

Ein Augenzeuge des Lehrer- und Elternprotests in Rasht, Provinz Gilan, berichtete dem CHRI: Als Jafar Mirza Bagheri, Mitglied des Vorstands der Lehrgewerkschaft in der Provinz Gilan, die Schlussresolution verlas, griffen Agenten in Zivil die Lehrer mit Beleidigungen und Gewalt an. Sie beschlagnahmten die Tonaufnahme und nahmen mehrere junge Leute gewaltsam fest. Sie setzten so viel Pfefferspray ein, dass vielen Menschen schlecht wurde. Sie hatten das Hauptbüro [des Bildungsministeriums] geschlossen. Eine Frau, die sich krank fühlte, bat einen der Wachmänner, die Tür zu öffnen und sagte: „Ich sterbe, Bruder, gib mir etwas Wasser.“ Aber die Wachen antworteten: „Stirb, wir haben kein Wasser.“

Proteste in Sanandaj, Kurdistan

Während der Proteste von Lehrern und Eltern in der Stadt Sanandaj gegen die chemischen Angriffe auf Schulen wurden mindestens sechs Lehrer festgenommen und von iranischen Regierungstruppen

entführt: Bahauddin Maleki, Wria Karimi, Kamal Fekourian, Jabar Pakzad, Mokhtar Asadi und Abed Ahmadi. Nach Berichten von Kurdpa und Hengaw, beide Menschenrechtsorganisationen, wurden Bahauddin Maleki und Wria Karimi nach ihrer Verhaftung an die Sicherheitskräfte von Sanandaj überstellt. Kamal Fekourian und Jabar Pakzad, Mitglieder des Vorstands der Lehrgewerkschaft in Sanandaj, wurden verhaftet, nachdem sie sich zu den Sicherheitskräften von Sanandaj begeben hatten, um die Situation der gerade inhaftierten Lehrer zu überprüfen.

Außerdem wurden mehrere Lehrer und Teilnehmer einer Protestkundgebung gegen die chemischen Angriffe auf Schüler von Regierungskräften erschossen. Zu dieser Kundgebung hatte der Koordinierungsrat der Gewerkschaftsorganisationen der Lehrerbildungsanstalten (Dāneshgāh-e Farhangiyān) aufgerufen.

Aktivist*innen in Kurdistan

Shaban Mohammadi, Masoud Nikkiah und Iskandar Lotfi, drei Aktivisten der Lehrgewerkschaft in Marivan, wurden am Sonntag, den 1. Mai 2022, vom Geheimdienst der Revolutionsgarden verhaftet; Shaban Mohammadi wurde am selben Tag wieder freigelassen.

Die Menschenrechtsorganisation Hengaw hatte zuvor berichtet, dass die drei kurdischen Lehrer von den



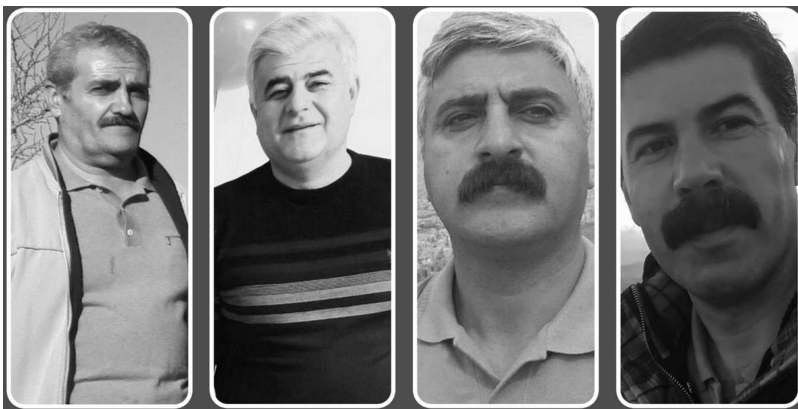
Shaban Mohammadi wurde vom Revolutionsgericht zu fünf Jahren Haft verurteilt
Foto: <https://hengaw.net/en>

Sicherheitskräften unter Druck gesetzt worden seien, ihre Verbindung zu zwei vom Geheimdienstministerium verhafteten französischen Staatsbürgern zu gestehen. Diese beiden französischen Staatsbürger sind Mitglieder der Föderation für Bildung und Kultur der Gewerkschaft in Frankreich. Sie wurden von Kräften des Geheimdienstministeriums verhaftet und beschuldigt, mit aktiven Lehrern und Gewerkschaftern im Iran zu kommunizieren, um Gewerkschaftsproteste im Iran zu organisieren.

Masoud Nikkiah wurde am Mittwoch, den 10. Mai vorübergehend freigelassen und am nächsten Tag erneut verhaftet. Shaban Mohammadi wurde am 21. Mai wieder inhaftiert. Die Gerichtsverhandlung von Shaban Mohammadi fand am 11. Juli 2022 statt, während der Lehrer im Evin-Gefängnis inhaftiert und nicht über die Anhörung informiert worden war.

Wie Hengaw am Dienstag, den 7. März 2023 berichtet, wurde ein Berufungsantrag gegen eine fünfjährige Haftstrafe von Shaban Mohammadi vor dem Revolutionsgericht abgelehnt und das Urteil bestätigt. Dieses Urteil war ursprünglich am 8. Dezember 2022 in Abwesenheit des Angeklagten vom Revolutionsgericht in Marivan wegen „Propaganda gegen die Islamische Republik Iran, Beleidigung von Amtsträgern und Zugehörigkeit zu den oppositionellen Gruppen des Regimes“ gefällt worden.

Ähnliche Vorwürfe sind vom wohl bekanntesten Fall aus der jüngsten Geschichte bekannt: Zara



Vier inhaftierte bzw. entführte Lehrer aus Sanandaj, darunter Mokhtar Asadi (rechts)

Foto: <https://kurdpa.net/en>

Mohammadi, die am 14. Juli 2020 eine zehnjährige Haftstrafe erhielt, jedoch nach Verkürzung auf fünf Jahre schon im März 2023 freigelassen wurde. Zara Mohammadi ist Direktorin und Mitbegründerin des Nojin-Kulturvereins, einer zivilgesellschaftlichen Vereinigung, die sich auf verschiedene gesellschaftliche und kulturelle Aktivitäten konzentriert, unter anderem auf das Lehren der kurdischen Sprache und Literatur.

Ein weiterer aktueller Fall ist die Entlassung der Dozentin Bahar Zangiband von der Azad-Universität in Sina, die zuvor während der Massenproteste unter dem Motto „Frauen, Leben und Freiheit“ festgenommen worden war. Vom Aufsichtsgremium der Universität wurde sie mit einem Lehrverbot belegt und von der Universität verwiesen.

Geschichte der Lehrerproteste in Kurdistan

Als Lehrer, Busfahrer, Journalisten und Lebensmittelarbeiter im Iran vor mehr als zehn Jahren unabhängige Gewerkschaften gründeten, riskierten ihre Anführer Verhaftungen, Schikanen, Gewalt und jahrelange Haftstrafen. Sie wurden gefoltert, ins Gefängnis gesteckt und einige sogar zum Tode verurteilt. Die Repressionen der religiösen und militärischen Elite des Irans gegen Gewerkschaftsfunktionäre zeigen, dass sie sich der Bedeutung legitimer Gewerkschaften, der Attraktivität der Demokratie und der Macht der organisierten Gesellschaft bewusst sind. In diesem Zusammenhang sind fünf Namen von Lehrern zu nennen, die nicht vergessen werden dürfen:

Farzad Kamangar, einer der Gründer der iranischen Lehrerorganisation. Er wurde wegen Gefährdung der nationalen Sicherheit angeklagt und am 9. Mai 2010 hingerichtet.

Abdolreza Ghanbari, Lehreraktivist, wurde am 4. Januar 2010 wegen angeblicher Zugehörigkeit zu einer bewaffneten Oppositionsgruppe



Bahar Zangiband – wegen Teilnahme an Protesten von der Universität verwiesen

Foto: <https://bengan.net>

verhaftet und 2012 nach einem unfairen Verfahren zunächst zum Tode verurteilt. Nach der Revision im Juni 2013 wurde er zu fünfzehn Jahren Haft verurteilt. Er hatte das Glück, nach einer weltweiten Solidaritätskampagne im März 2016 freigelassen zu werden.

Mahmoud Beheshti Langroudi, Lehreraktivist, wurde am 24. April 2010 verhaftet, gefoltert, und es wurde ihm dringende medizinische Versorgung verweigert. Am 22. Februar 2016 erhielt er eine sechsjährige Haftstrafe.

Mohammad Habibi, Lehreraktivist, heute Sprecher der CCITTA, wurde am 4. August 2018 zu zehneinhalb Jahren Haft verurteilt. Das Urteil beinhaltete auch das Verbot von sozialen und politischen Aktivitäten für zwei Jahre, Reiseverbot und 74 Peitschenhiebe. Er kam frei, war aber von April 2022 bis Februar 2023 erneut inhaftiert. Seit 5. April 2023 ist er wieder in Haft.

Mokhtar Asadi, Lehreraktivist, der im Jahr 2010 66 Tage lang inhaftiert war, wurde erneut von September 2017 bis Juli 2018 wegen „staatsfeindlicher Propaganda gegen den Staat“ ins Gefängnis gesteckt und am 14. Februar 2019 abermals

in Sanandaj festgenommen, einige Stunden nachdem er an einem friedlichen Lehrerprotest teilgenommen hatte. Er wurde im März 2019 gegen Kautionsfreigabe freigelassen. Vier Jahre später, am 7. März 2023, wurde Mokhtar Asadi in seinem Haus in Sanandaj entführt und erneut verhaftet.

Aber nicht nur in den als Rojhelat bekannten kurdischen Gebieten im Westen des Irans, sondern auch in anderen kurdischen Regionen gibt es Lehrgewerkschaften, die sich stark machen, so etwa die Lehrgewerkschaft Kurdistans KUT im Irak oder die Lehrgewerkschaft Egitim-Sen

in der Türkei. Sie setzen sich seit Jahrzehnten für das Recht auf Bildung und das Erlernen der kurdischen Muttersprache ein. „Bildung und Lernen umfassen ein breites Spektrum an Fächern, um neue Führungspersonlichkeiten hervorzuheben, die die Verantwortung übernehmen können, ihrem Land zu dienen“, erklärte der Präsident der Lehrgewerkschaft Kurdistans, Abdalwahed M. Haje, und fügte hinzu, dass die Muttersprache und die Geschichte „entscheidende Themen“ sind, denen „im Lehr- und Lernprozess höchste Priorität eingeräumt werden muss“.

Sprache, Kultur und ethnische Zugehörigkeit sind eng miteinander verwoben. Wenn Bildung gefährdet und unterdrückt wird, gehen Wissen und Identität verloren. Und mit diesem Verlust einher gehen Ungleichheit, Diskriminierung, Konflikte und – im Fall der unmenschlichen Giftgasangriffe – Gefahr für Gesundheit und Leben. Der Schutz des Lebens und des Zugangs von Kindern zu Bildung und generell die Wahrung der Kinder- und Menschenrechte müssen überall höchste Priorität haben.

Dana Pietsch